

Medienmitteilung
Bern, 31. März 2026

Miet-Barometer 2026: Wohnen wird zur Kostenfalle – und viele Mietende wagen es nicht, sich zu wehren

Der Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz (MVS) hat heute an einer Medienkonferenz das Miet-Barometer 2026 vorgestellt. Die grosse Wohnumfrage mit 34'441 Teilnehmenden, die der MVS in Zusammenarbeit mit dem Forschungsinstitut Sotomo durchgeführt hat, zeigt alarmierende Resultate: Mietende stehen im ganzen Land unter Druck – und viele trauen sich nicht, ihre Rechte einzufordern.

Die Mieten belasten die Haushalte in der ganzen Schweiz massiv

Die steigenden Mieten belasten zahlreiche Haushalte massiv. Fast 40 Prozent der Befragten geben mehr als 30 Prozent ihres Haushaltseinkommens für die Miete aus – deutlich über den Empfehlungen des Dachverbands Budgetberatung Schweiz. Das bedeutet für viele ein Armutsrisiko. Rund jede zwanzigste Person zahlt sogar mehr als die Hälfte ihres Haushaltseinkommens für Wohnkosten. Diese angespannte Lage betrifft die ganze Schweiz – es bestehen kaum Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Regionen oder zwischen den Sprachregionen.

Mietende haben Angst, sich zu wehren

Rund 70 Prozent der Befragten berichten über Probleme mit ihrer Vermieterschaft – doch die meisten wehren sich nicht. Fast die Hälfte hat trotz gesunkenem Referenzzinssatz keine Mietzinssenkung verlangt. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Anfechtung des Anfangsmietzinses: Nur 5 Prozent haben je ihren Anfangsmietzins angefochten – obwohl dies in 75 Prozent der Fälle erfolgreich oder teilweise erfolgreich war. Die Angst der Mietenden, ihre Rechte geltend zu machen, ist deutlich spürbar. So fürchten 23 Prozent, ihre Wohnung in den kommenden zwei Jahren zu verlieren – vor allem aufgrund von Sanierungen. Und das ist berechtigt, wenn man die Zahl der Kündigungen betrachtet, die einzig dazu dienen, Mietzinserhöhungen durchzusetzen.

Strukturelles Ungleichgewicht im Mietverhältnis

Der meistgenannte Grund, weshalb sich die Mietenden nicht wehren, ist die Sorge vor einem belasteten Verhältnis zur Vermieterschaft. Die Ergebnisse weisen damit auf ein strukturelles Ungleichgewicht hin: Mietende müssen ihre Rechte meist individuell durchsetzen, stehen aber zugleich ihren Vermieter*innen in einem Abhängigkeitsverhältnis gegenüber. Es überrascht somit auch nicht, dass fast 60 Prozent der Befragten der Ansicht sind, dass das geltende Mietrecht die Vermieterschaft begünstigt.

Klare politische Forderungen – und eine konkrete Antwort

88 Prozent der Befragten wollen, dass Mietzinssenkungen automatisch weitergegeben werden. 86 Prozent sprechen sich für eine wirksame Mietpreiskontrolle aus und 85 Prozent für mehr bezahlbaren Wohnraum. Der MVS gibt mit der Mietpreis-Initiative eine konkrete Antwort: Sie sorgt dafür, dass Mieten automatisch und regelmässig überprüft werden und die Verantwortung nicht länger auf einzelne Mieter*innen abgewälzt wird.

Download

- Kurzfassung des Berichts (Miet-Barometer 2026)

Weitere Auskünfte

- **Carlo Sommaruga**,
Präsident MVS, 079 221 36 05, carlo.sommaruga@parl.ch
- **Michael Töngi**,
Vizepräsident MVS, 079 205 97 65, michael.toengi@parl.ch
- **Jessica Jaccoud**,
Vorstand MVS und Nationalrätin, 079 792 53 59, jessica.jaccoud@parl.ch
- **Céline Dellagana-Rabufetti**,
Generalsekretärin ASI und Rechtsberaterin, 079 792 58 17, cdellagana@asi-infoalloggio.ch
- **Larissa Steiner**,
Co-Leiterin Rechtsberatung und Mitglied der Geschäftsleitung MV Zürich, 079 937 82 35, l.steiner@mvzh.ch
- **Linda Rosenkranz**,
Generalsekretärin MVS, 079 743 50 47, linda.rosenkranz@mieterverband.ch

Datenerhebung und Methode

Der Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz führte zwischen dem 21. Januar und dem 3. März 2026 eine Befragung bei rund 340'000 Personen in der ganzen Schweiz durch. Davon waren knapp 240'000 Personen MV-Mitglieder und gut 100'000 weitere interessierte Mieterinnen und Mieter aus der ganzen Schweiz. Die Rekrutierung der Teilnehmenden erfolgte über alle internen Kanäle des Mieterinnen- und Mieterverbands in allen Sektionen und allen Sprachregionen der Schweiz. Nach Bereinigung und Kontrolle der erhobenen Daten konnten im Total die Angaben von 34'441 Personen für die Auswertung verwendet werden. Davon sind 24'745 Personen Mitglied des Mieterinnen- und Mieterverbands und 9'696 Nichtmitglieder.